



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

P/XI/204 - 5. September 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

Bundestag vor einer wichtigen Entscheidung	S. 1
Innenpolitischer Strukturwandel in Italien	S. 3
Mit dem Blick auf die nächste internationale Rundfunk- konferenz	S. 4
"Dienstzeit angerechnet..."	S. 6

Nach Moskau gehen?

von Heinz Kühn, MdB.

Schneller, als das politische Klima zwischen Moskau und den Westmächten auftaute, ist es zwischen Moskau und Bonn vereist: ein Prozeß, der die Bonner Politik immer sichtbarer in die Isolierung treibt.

Die zunehmenden Schwierigkeiten im deutsch-sowjetischen Verhältnis sind wohl in erster Linie das Produkt der Tatsache, dass Adenauer von vornherein nicht mehr als ein diplomatisches Minimum, gewissermaßen die Aufnahme undiplomatischer Beziehungen zu Moskau wollte, mit allen Folgerscheinungen - wie zum Beispiel Kontaktverbot für den deutschen Botschafter und Ungeklärtheit der konsularischen Befugnisse.

In dieser Atmosphäre muss nun der Bundestag seine erste politische Entscheidung nach den Ferien fällen: ob er die Einladung des Obersten Sowjet annehmen soll oder nicht. Andere Parlamente haben bereits Delegationen entsandt: das englische, das französische und das österreichische. Das italienische steht gegenwärtig vor der Entscheidung wie wir, wobei führende christliche Demokraten, gerade solche, die sonst gerne von der CDU als Kronzeugen europäischer Gesinnung zitiert werden, die Annahme der sowjetischen Einladung befürworten.

Der deutsche Bundestag wird seine Entscheidung unter zwei Gesichtspunkten zu treffen haben. Erstens: sind solche parlamentarischen Begegnungen geeignet, einer allgemeinen Ost-West-Entspannung und dem Abbau beiderseitiger Mißverständnisse zu dienen? Zweitens: ist eine solche Begegnung geeignet, der Wiedervereinigung Deutschlands nützliche Tendenzen zu wecken und zu fördern?

Zu beiden Gesichtspunkten seien hier zwei Stimmen zitiert,

5. 9. 1956

deren Meinung auch in der CDU-Fraktion auf Anerkennung rechnen darf.

Da ist zunächst der bekannte französische Politiker André Philip, der - wenn auch Sozialist - als Verfechter der EVG und wegen seiner alarmierenden Warnungen zur Zeit der Koreakrise gerne von der CDU gegen die SPD ins Feld geführt wurde. Philip hat am 19. Juni ein umfangreiches Exposé über die Erfahrungen seiner Russlandreise vorgelegt, worin negative und positive Beurteilungen zu dem (für die Entscheidung des Bundestages wichtigen) Ergebnis führen:

"Man muss hinfahren und die Verhältnisse studieren, wie wir es gemacht haben, unvoreingenommene Fragen stellen, aber mit dem Willen, klar zu sehen und wirklich zu prüfen, was sich dort entwickelt, und eine so objektiv wie möglich geartete Analyse anzustellen."

André Philip kommt zu der Überzeugung, dass sich die Sowjetunion in einem Durchgangsstadium befindet, in dem der Vorstoß neuer sozialer Kräfte zu einer Transformation der politischen Praxis führt und auch die Doktrin einer allmählichen Modifikation unterworfen wird. Eine langsame, von mancherlei retardierenden Kräften aufgehaltene Entwicklung zur Demokratie glaubt André Philip voraussehen zu können.

Man hat in jüngster Zeit häufig von den beiden Tendenzen in der sowjetischen Partei gesprochen: der rückwärts in die stalinistische Periode orientierten und derjenigen, die die Ansätze zu einer Reform des Regimes weiterentwickeln will (oder sich zu einer solchen Weiterentwicklung gezwungen fühlt). Chruschtschow soll ausländischen Gesprächspartnern erklärt haben, dass man auf dem neuen Wege - angesichts des Widerstandes aus der mittleren Führungsschicht der Partei nach zwei Schritten vorwärts gelegentlich wieder einen rückwärts tun müsse. Und Teilnehmer der französischen Regierungsdelegation berichteten, dass der gerade zur Zeit ihrer Anwesenheit beabsichtigte Versuch der Sowjetregierung, Stalins Leiche aus dem Lenin-Mausoleum zu entfernen, am Widerstand einflussreicher Kräfte der Moskauer Partei gescheitert sei.

Wer sich nicht an die nunmehr beinahe 40 Jahre alte Illusion von dem bevorstehenden Zusammenbruch des sowjetischen Regimes klammert, sondern eine Evolution des Sowjetregimes zumindest für wahrscheinlicher hält als eine Revolution gegen das Sowjetregime, der wird die Überlegung für nicht abwegig halten, dass es eine Aufgabe des Westens ist, alle Chancen zu nützen und alle Kräfte zu fördern, die die beginnende politische und ideologische Auflockerung zu einer wirklichen Demokratisierung weiterentwickeln könnten. An eine solche Möglichkeit "fundamentaler individueller Freiheiten und der Konstruktion einer gewissen authentischen Demokratie" glaubt André Philip nicht nur, er hält sie, als Folge einer freilich langwierigen Entwicklung, für voraussehbar.

Wenn parlamentarische Begegnungen des Westens mit dem Obersten Sowjet im Rahmen eines solchen Einwirkungsprozesses auch gewiss nicht überbewertet werden sollen, so wäre es verfehlt, ihre Bedeutung in einem solchen langwierigen und schrittweisen Prozess zu bagatellisieren. Von ungleich grösserer Bedeutung jedoch kann eine Begegnung

der Bonner und Moskauer Parlamente für das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands sein! Wer entschieden jede, die Bundesrepublik von Westen isolierende deutsch-sowjetische Vertragspolitik ablehnt, wird damit nicht auch den Versuch zur Bereinigung des Klimas zwischen Moskau und Bonn ablehnen. Nicht der Westen, sondern allein Pankow wird ein solches Ergebnis fürchten müssen. Die Sorge vor einem Gespräch Bonn-Moskau hat niemand deutlicher werden lassen als Gerhard Eisler im Ostberliner Rundfunk: "Was sollte und könnte die Sowjetunion veranlassen, einen völlig unzulässigen Versuch zu machen, sich in unsere Verhältnisse einzumischen und von uns Dinge zu verlangen, von denen die Sowjetunion doch von vornherein wüsste, dass wir sie unter allen Umständen ablehnen würden?" So etwas wäre, fuhr Eisler fort, sogar unter Stalin - trotz aller von Stalin begangener Fehler - völlig unmöglich gewesen. "Keine Bruderpartei, auch die KPdSU nicht, kann uns irgendwelche Befehle geben."

Das sind alles Formulierungen, die erst vollends verständlich werden vor dem Hintergrund der Angst: der Angst, dass es zu einer Annäherung zwischen Moskau und Bonn über Pankow hinweg kommen könnte. Eine solche Entwicklung mag im Augenblick - zum Troste Pankows - ferner liegen denn je. Die Verbesserung der Atmosphäre zwischen Bonn und Moskau als Voraussetzung einer endgültigen Ost-Westverständigung über die Wiedervereinigung ist jedoch ein unmittelbares Ziel, dem eine Begegnung von Vertretern beider Parlamente zu ihrem, wenn auch kleinen Teil, dienen kann. Selbst wenn nicht mehr dabei herauskommen sollte als die Erkenntnis, die der Vorsitzende des Ausserpolitischen Ausschusses des Bundestages von der Reise des Kanzlers mit nach Hause gebracht hat und die er in einem Rundfunkgespräch so formulierte:

"Für mich ist es sehr viel interessanter geworden, seitdem ich die führenden Männer der Sowjetunion kenne. Und ich halte es für eine gute Sache, dass man persönlich Kontakt gewonnen hat. Schon in Moskau war es doch dann und wann möglich, ein Gespräch zu führen, bei dem man das Gefühl hatte, der andere hört das, was man dann sagte, nicht einfach als Propaganda. Er hört hin, - so, wie wir unsererseits auch hingehört haben."

Diese Erkenntnis des CDU-Abgeordneten Kiesinger sollte der Deutsche Bundestag zugunsten einer Wiedervereinigungspolitik nutzen. Und auch die CDU-Fraktion sollte sich dem nicht widersetzen.

* * *

Saragat und Nenni auf dem Wege zur Einheit der SPI

PE-Rom, Anfang September

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so hat sich in diesen Tagen in Italien eine politische Wendung angebahnt, die nicht nur für die Entwicklung des Landes selbst, sondern darüber hinaus für den ganzen europäischen Westen höchst bedeutungsvoll werden könnte. In einer langen persönlichen Unterredung haben sich Nenni und Saragat, die seit langem verfeindeten beiden Führer der linkssozialistischen und sozialdemokratischen Partei, auf eine gemeinsame Plattform geeinigt, die im Laufe der kommenden Monate und Jahre etappenweise zu einer Wiedervereinigung der beiden, bisher in scharfem Kampf befindlichen sozialistischen Parteien führen soll.

Italien ist bekanntlich das einzige Land westlich des Eisernen Vorhanges, in dem eine grosse sozialistische Partei sich bisher nicht zu den Grundsätzen westlicher Demokratie bekannt, sondern in allen wichtigen innen- und aussenpolitischen Fragen stets durch dick und dünn gemeinsame Sache mit den Kommunisten gemacht hat. Der zwischen Nenni und Togliatti seinerzeit abgeschlossene "Pakt der Aktionseinheit" machte die Sozialisten zu einem völlig abhängigen Anhängsel der Kommunisten. Gerade dieser Zustand hatte vor etlichen Jahren zur Abspaltung der Gruppe unter Giuseppe Saragat geführt, die sich als gesonderte "Sozialdemokratische Partei" konstituierte.

Diese Spaltung soll jetzt schrittweise wieder rückgängig gemacht werden. Diese Wiedervereinigung soll - und dies ist wohl besonders bedeutsam - sozusagen unter der Patronanz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale erfolgen. Das soll eine Garantie dafür bieten, dass es sich hierbei nicht um eine Aufsaugung der Saragat-Partei durch die wesentlich grössere Partei Nennis handelt, sondern vielmehr um eine Loslösung der Nenni-Sozialisten von ihren bisherigen Bindungen an den Kommunismus. Der Vermittlungsauftrag liegt in den Händen des französischen sozialistischen Senators Pierre Commin, Leiter der französischen Sektion der Arbeiter-Internationale.

So bedeutsam diese neue Entwicklung auch ist, so kommt sie doch keineswegs unerwartet. Den Anstoss zu der Abkehr Nennis von den Kommunisten hat der berühmte 20. Parteikongress in Moskau mit seinen - 4 -

sensationellen Enthüllungen geliefert. Die bei diesem Anlass zutagegetretener Wahrheiten über das Regime Moskaus haben offenbar auf Nenni ihren Eindruck nicht verfehlt, denn bereits damals trat der Führer der Linkssozialisten mit Äusserungen an die Öffentlichkeit, in denen er mit nie zuvor von ihm vernommener Schärfe an den Grundsätzen und Praktiken des russischen Kommunismus Kritik übte. Nenni ging damit weit über das Maß dessen hinaus, was Togliatti zum gleichen Anlass zu schreiben wagte, und zum ersten Mal kam es so zu einer Art Polemik zwischen dem sozialistischen und dem kommunistischen Parteiführer.

Die Gemeindevahlen, die im Mai dieses Jahres in ganz Italien stattfanden, lieferten dann den greifbaren Beweis dafür, dass auch die Wählerschaft Italiens gelernt hat, scharf zwischen Sozialismus und Kommunismus zu unterscheiden. Die kommunistischen Stimmen hatten einen, wenn gleich leichten Rückgang zu verzeichnen, die sozialistischen hingegen eine Zunahme, während die Zahl der sozialdemokratischen Wähler sogar auf das Doppelte anstieg. Diese Resultate haben der sozialistischen Parteiführung stark zu denken gegeben und gezeigt, dass Nenni mit seinem neuen Weg der Differenzierung von der kommunistischen Linie auf die Sympathien grosser Teile der Arbeiterschaft zählen kann.

Eine wiedervereinigte freiheitlich-sozialistische Partei Italiens, die sich klar von den Kommunisten absetzen müsste, würde die ganze künftige Gestaltung des politischen Lebens in Italien, aber auch darüber hinaus, sehr wesentlich beeinflussen. Das könnte insbesondere auf sozialem Gebiet ein wahrer Segen für das ganze Land werden. Die Democrazia Christiana erhielt damit ein ausreichend starkes Gegengewicht im demokratischen Lager und wäre zu Konzessionen an die Linke genötigt, die bisher mangels einer ernstzunehmenden "demokratischen Alternative" nie durchzusetzen gewesen sind.

* * *

Ende des Wellen - Chaos in Aussicht?

J.F.W. Die europäische Rundfunkkonferenz, die 1948 noch im Klima des Morgenthau-Planes in Kopenhagen stattfand, beschränkte unsere Rundfunkanstalten auf die Mitbenutzung schon vom Ausland belegter Mittelwellen. Die Zuteilung einer Langwelle erachteten die Teilnehmer an dieser Konferenz, an der für Deutschland nur Vertreter der Besatzungsbehörden

teilnahmen, als überflüssig. Die Wirkungen dieser Wellen-Demontage wurden zwar durch den Aufbau von UKW-Netzen gemildert. Aber wenn es auch mit diesem Schritt in technisches Neuland gelang, aus der Not beinahe eine Tugend zu machen, blieb die Situation für die meisten deutschen Rundfunkteilnehmer doch denkbar unbefriedigend. Jeder Hörer der Mittelwelle, der nicht gerade in der Nähe eines Senders wohnt, muss dies Tag für Tag zu seinem Missvergnügen feststellen, wenn unsere Sender in den Abendstunden mit Rücksicht auf die eigentlichen Inhaber ihrer Wellen gezwungen sind, ihre Kilowatt-Leistungen herabzusetzen.

Wie jeder internationale Vertrag kann auch das Kopenhagener Abkommen revidiert werden. Allerdings ist für diesen Vertrag keine fest begrenzte Laufzeit vorgesehen. Doch hat sich das Verfahren herausgebildet, dass eine europäische Wellenkonferenz etwa in Jahresabstand eine Weltnachrichtenkonferenz folgt. Dies ist erforderlich, weil auf den Weltnachrichtenkonferenzen die Neuabgrenzung der Wellenbereiche zwischen Rundfunk, Flugverkehr, Schiffsfunk, Post- und anderen Diensten erfolgt. Aus dieser Entscheidung muss dann für den Rundfunk, in Europa ebenso wie in den anderen Bräteilen, die entsprechende Konsequenz durch Neuverteilung der Wellen gezogen werden. So kam es nach der Weltnachrichtenkonferenz von Atlantic-City 1947 zur Kopenhagener Konferenz von 1948.

Spätestens für das Jahr 1959 ist nun eine neue Weltnachrichtenkonferenz geplant. Wird es danach auch zu einer europäischen Rundfunkkonferenz kommen, auf der die Fehlentscheidung von Kopenhagen revidiert werden kann? Es sind zwölf Antragsteller erforderlich, um die Einberufung einer europäischen Rundfunkkonferenz zu sichern. Es gilt also, elf Verbündete für den deutschen Antrag zu finden. Aussichten hierzu bestehen durchaus, eine entsprechende und vor allem frühzeitige Aktivität Bonn vorausgesetzt. Einige Staaten, unter anderem Schweden, Portugal und Österreich, haben das Kopenhagener Abkommen nicht unterzeichnet, da sie ihre Wünsche ungenügend berücksichtigt sahen. Sie dürften an der Beendigung des vertragslosen Zustandes interessiert sein. Andere Länder, wie Jugoslawien und Griechenland, traten dem Vertrag zwar bei, erhoffen sich aber von einem neuen Abkommen eine Verbesserung ihrer Rundfunksituation. Es sollte nicht unmöglich sein, diese und an-

dere Unzufriedene für eine neue Rundfunkkonferenz zu gewinnen.

Mittelwellen zur alleinigen Benutzung

Um auf der nächsten Rundfunkkonferenz zu befriedigenden Ergebnissen für alle Beteiligten zu kommen, wird es erforderlich sein, die Entwicklung des UKW-Rundfunks seit 1948 bei der Verteilung der Mittel- und Langwellen zu berücksichtigen. Dem Beispiel, dass die Rundfunkanstalten der Bundesrepublik mit dem Aufbau ihrer UKW-Netze gaben, folgten in den letzten Jahren auch andere europäische Länder. Besonders England, Frankreich, Italien und Schweden sind hier zu nennen. Die Entlastung, die diese Errichtung zusätzlicher UKW-Sender für den Mittelwellenbereich zur Folge hat, erleichtert ein Rundfunkabkommen, das jedem europäischen Land, und natürlich auch der Bundesrepublik, Mittelwellen zur alleinigen Benutzung in vernünftiger Anzahl zuspricht. Das Rundfunk-Chaos, das der gleichzeitige Betrieb mehrerer Sender in verschiedenen Ländern auf ein- und derselben Mittelwelle den Rundfunkhörern - nicht nur in Deutschland - beschert hat, kann dann endlich beendet werden. Auch die Forderung nach einer guten Langwelle für die Bundesrepublik muss auf dem deutschen Verhandlungsprogramm stehen. Da die Sowjetzone sogar über zwei Langwellen verfügt, sollten unsere Verhandlungspartner auf der nächsten Rundfunkkonferenz für dies Verlangen Verständnis haben.

Solche Vorschläge, auf die ja auch die rundfunktechnischen Pläne der einzelnen Länder in der Zeit bis zur nächsten europäischen Rundfunkkonferenz - etwa bei einem weiteren Ausbau der UKW-Netze - abgestimmt werden müssen, können mit den zuständigen Stellen des Auslandes nicht frühzeitig genug erörtert werden. Hoffentlich ist sich auch das Auswärtige Amt dieser Notwendigkeit bewusst.

* * *

Arbeitsplatz-Schutz in Theorie und Praxis

ef. Ein im Bundesverteidigungsministerium ausgearbeiteter Entwurf eines "Arbeitsplatz-Schutzgesetzes" ist kürzlich den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden zur Stellungnahme zugegangen. Der Entwurf

sieht u.a. vor, dass bei Ableistung des Grundwehrdienstes das Arbeitsverhältnis mit dem Zeitpunkt der Einberufung endet. Beim verkürzten Grundwehrdienst oder bei einer Wehrübung soll das Arbeitsverhältnis lediglich ruhen. Die Dauer des Wehrdienstes wird unter bestimmten Bedingungen auf die Berufs- und Betriebszugehörigkeit angerechnet.

So wird es versprochen. Hornach hat es dann auch schon anders ausgesehen. In zwei Verordnungen über Fürsorge für Soldaten und Arbeitermänner von 1937 und 1940 ist z.B. schon einmal bestimmt worden, dass die Dienstpflichtzeiten auf die Dauer der Berufs- und Betriebszugehörigkeit anzurechnen sind; wohlgenorcht nicht nur bei Wiederaufnahme des alten, sondern insbesondere auch bei Dingen eines neuen Arbeitsverhältnisses nach Beendigung der Dienstpflicht. Die Rechtsgültigkeit dieser Verordnungen ist unstritten. Das Bundesministerium für Arbeit und das Landesarbeitsgericht Hamm sind der Meinung, dass sie noch gelten; das Landesarbeitsgericht Bayern hat wiederholt entschieden, dass sie nicht mehr gelten.

Von der privaten Wirtschaft und von einzelnen Sparten des öffentlichen Dienstes (z.B. bei allen Gemeindearbeitern und bei den Straßenbauarbeitern in Bayern) werden die Verordnungen entweder von jeher oder seit dem Abschluss entsprechender Tarifverträge ignoriert. Wer schon die Ehre hatte, für das Vaterland seinen Kopf hinhalten zu dürfen, dem konnte und kann schon zugemutet werden, dass ihm diese Zeit nicht auch noch von seiner Berufs- und Betriebszugehörigkeit abgezogen wird, so dass er in diesen Falle nicht mehr vorne, sondern hinten dran ist; das gleicht sich dann aus. Der Dank des Vaterlandes hört auf, sobald die billigen Sprüche etwas kosten; wenn es auch nur ein paar Urlaubstage mehr, etwas längere Kündigungsfristen, mehr Krankenbezüge oder ein paar Pfennige Dienstzeitzulagen je Arbeitsstunde sind.

Solange die alten Verpflichtungen nicht eingelöst werden, sollte niemand den neuen Versprechungen Glauben schenken.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau